

An die
Europäische Kommission
Generaldirektion Energie
per E-Mail: [ec-land-use-
changebiofuels@ec.europa.eu](mailto:ec-land-use-changebiofuels@ec.europa.eu)

Konsultation zu Indirekten Landnutzungsänderungen

Wien, 29. Oktober 2010

Die Landwirtschaftskammer Österreich nimmt zu dem im Betreff angeführten
Diskussionspapier wie folgt Stellung:

1. Durch Biokraftstoffe hervorgerufene indirekte Landnutzungsänderungen sind nicht eindeutig quantifizierbar

Indirekte Landnutzungsänderungen, die durch Biokraftstoffe hervorgerufen werden, können basierend auf dem derzeitigen Wissensstand nicht zuverlässig wissenschaftlich nachgewiesen werden. Das genaue Ausmaß sowie die geographische Lage der indirekten Landnutzungsänderungen kann nicht zweifelsfrei quantitativ zugeordnet werden. In der Praxis gibt es eine ganze Reihe von Effekten, die abgesehen von der (zusätzlichen) Nachfrage aus dem Biokraftstoff-Sektor, z. B. steigende Nachfrage nach Nahrungsmitteln und Futtermitteln, veränderte Wetterbedingungen und Extremwetterereignisse, gesteigerte Produktivität, bestehende, staatliche Regulierungen gegen Landnutzungsänderungen, usw., die Landnutzungsänderungen auf globaler Ebene beeinflussen. Es ist daher äußerst schwierig, fundierte Daten über die globalen indirekten Landnutzungsänderungen zu bestimmen und festzulegen und diese mengenmäßig den Verursachern zuzuordnen.

2. Eine globaler Faktor für indirekte Landnutzungsänderungen hat keine zwingenden steuernden Wirkungen

Das Ziel aller Maßnahmen gegen indirekte Landnutzungsänderungen sollte sein, negative Treibhausgasemissionen durch Landnutzungsänderungen zu vermeiden. Die bisherige Forschung kann aufgrund der wissenschaftlichen Unsicherheiten nicht als Grundlage für gesetzliche Maßnahmen dienen. Ein globaler Faktor für indirekte Landnutzungsänderungen von Biokraftstoffen würde daher größtenteils auf willkürlichen Annahmen basieren. Wenn daher ein globaler Faktor für indirekte Landnutzungsänderungen von Biokraftstoffen eingeführt werden würde, gäbe es keinen Anreiz mehr regional regulatorische Maßnahmen gegen Landnutzungsänderungen zu ergreifen. Darüberhinaus kann es zu einer Benachteiligung der ausdrücklich erwünschten Biokraftstoffproduktion aus regional produzierten Rohstoffen kommen.

3. Internationale Abkommen zur Begrenzung von Landnutzungsänderungen sind erforderlich. Landnutzungsänderungen können effektiv, durch staatliche Vorschriften in den betroffenen Regionen in Drittländern, verhindert werden. Das Risiko von indirekten Landnutzungsänderungen in den Regionen wird ebenfalls reduziert, wenn eine wirksame Regelung dagegen ansässig ist. Dies sollte das Ziel der Maßnahmen der Europäischen Union sein. Innerhalb der EU gibt es bereits viele nationale und europäische Regelungen gegen Landnutzungsänderungen (z.B. Cross Compliance).

Die Senkung der Treibhausgasemissionen ist neben der Steigerung der Eigenversorgung mit Energie und Eiweißfuttermitteln eines der primären Ziele, weshalb erneuerbare Energieträger durch die Richtlinie zur Förderung erneuerbarer Energien 2009/28/EG forciert werden müssen. Aus Biomasse produzierte Biokraftstoffe sollen und können einen wesentlichen Beitrag zu diesem Ziel leisten. Die Treibhausgas-Effekte, die durch Änderungen der Landnutzung hervorgerufen werden, müssen für die Produktion von Biomasse berücksichtigt werden. Diese Veränderungen können positiv sein (z.B. bei Verwendung von degradierten Flächen) oder negativ, (wenn z.B. gerodete Regenwälder und Savannen für die Rohstoffproduktion verwendet werden). Landnutzungsänderungen mit erheblichen negativen Treibhausgasauswirkungen müssen daher weitestgehend verhindert oder wenigstens stark eingeschränkt werden.

Es ist daher wichtig, dass die Produktion dieser Rohstoffe für Biokraftstoffe zu keinen Landnutzungsänderungen führt. Die Richtlinie 2009/28/EG gewährleistet das für jene Landnutzungsänderungen, die direkt der Produktion von Biokraftstoffen zugeordnet werden können. Die Treibhausgasemissionen, die durch direkte Landnutzungsänderungen verursacht wurden, sind in der Treibhausgasberechnung für Biokraftstoffe enthalten. Das Ergebnis ist, dass Biokraftstoffe, die nicht den Mindestanforderungen entsprechen, wie sie nach Artikel 17 Absatz 2 der Richtlinie 2009/28/EG gefordert werden, nicht in der EU förderfähig und auf die nationale Zielerreichung anrechenbar sind. Für indirekte Landnutzungsänderungen existiert derzeit jedoch keine vergleichbare Regelung, ein grundsätzlicher Einfluss auf indirekte Landnutzungsänderungen durch Biokraftstoffproduktion kann jedoch nicht gänzlich ausgeschlossen werden.

Die undifferenzierte und globale Zuweisung einer bestimmten Menge von Treibhausgasemissionen aus indirekten Landnutzungsänderungen für alle Biokraftstoffe, ist, zusätzlich zu der Tatsache, dass es derzeit unmöglich ist, die tatsächlichen Auswirkungen von indirekten Landnutzungsänderungen quantitativ zu bestimmen, aber jedenfalls

abzulehnen. Des Weiteren sollen verlässliche Faktoren betreffend indirekte Landnutzungsänderungen auch wirtschaftlich und ökologisch eindeutig definierbar und greifbar sein. Deshalb erscheint es willkürlich, alle Biokraftstoffe auf gleiche Weise zu behandeln und mit einem Faktor für indirekte Landnutzungsänderungen zu belasten. Das Potenzial für indirekte Landnutzungsänderungen von Biokraftstoffen ist sehr differenziert zu betrachten und von vielen Einflussfaktoren abhängig. Als weitere Beispiele können hier neben den bereits obenstehend erwähnten die unterschiedlichen Erträge je Flächeneinheit und verwendetem Rohstoff sowie die Ausbeute an Biokraftstoffen in der Produktionsanlage angeführt werden, die letztendlich zu erheblichen Unterschieden im Flächenbedarf und damit in den anzunehmenden indirekten Landnutzungsänderungen führen.

Die Einführung eines allgemeinen, global gültigen und undifferenzierten Faktors für Treibhausgasemissionen durch indirekte Landnutzungsänderungen der Rohstoffproduktion für Biokraftstoffe wird daher seitens der Landwirtschaftskammer Österreich abgelehnt. Es erscheint jedoch sinnvoll, dass eine ausgewogene Regelung zur Einbeziehung von indirekten Landnutzungsänderungen, differenziert nach der Herkunft und Art des Rohstoffs sowie der verwendeten Fläche, unter Einbeziehung aller wesentlichen Stakeholder und Interessenvertreter sowie der Mitgliedstaaten erarbeitet wird.

Die Landwirtschaftskammer Österreich ersucht um Berücksichtigung der vorgebrachten Punkte und steht für weitergehende Gespräche und Zusammenarbeit bei der Konzeptionierung und Erstellung einer ausgewogenen Regelung betreffend differenzierte Emissionsfaktoren für indirekte Landnutzungsänderungen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Gerhard Wlodkowski
Präsident der
Landwirtschaftskammer Österreich

gez. August Astl
Generalsekretär der
Landwirtschaftskammer Österreich